

Protokoll der Versammlung der WASG Bezirksgruppe Lichtenberg am 06.11.2006

Die BG tagte am 06.11.2006 im Rathaus Berlin-Lichtenberg, Raum 11 in der Zeit von 18.30 bis etwa gegen 21.00 Uhr.

Leitung: Peter Hammels

Es nahmen teil:

Bernd L., Hans-Jürgen P., Michael N., Peter H., Rainer W., Ralf A., Sebastian G., Stefan F., Stefan R., Susanne R.

Das seit dem 4. Landesparteitag geltende Quorum von 20% der Mitgliederanzahl der Bezirksgruppe für die Beschlussfähigkeit der Versammlung war damit erfüllt.

Tagesordnung

1. Diskussion und Beschlussfassungen bzgl. Zusammenarbeit Bezirksgruppe und Bezirksverordneten

- Antrag Susanne und Sebastian (siehe Anlage 3)
- Antrag Michael und Peter (siehe Anhang 2)
- Bericht konstituierende BVV / weitere Termine BVV/Ausschüsse

2. Aktuelles

- Auswertung und Diskussion: Landesparteitag vom 04.11.

3. Sonstiges

zu TOP 1

- Michael und Peter wurden gebeten, ihr Verhalten im Vorfeld der konstituierenden BVV-Sitzung (Zeitraum 20.-26.10.) zu erläutern
- Sebastian und Rainer trugen ihre Kritikpunkte zu diesem Verhalten vor
- Diskussion
- Aus der Diskussion heraus wurde die Aufforderung an den Bezirksvorstand und die beiden BVO formuliert, ein Bezirksprogramm zu entwerfen, in der inhaltliche und strategische Ziele, die mittelfristig mit der BVV-Arbeit erreicht werden sollen, definiert werden. (siehe auch Antrag Rainer, Anlage 1)
- Peter stellte die Termine für die kommenden konstituierenden BVV-Ausschüsse vor

Anträge

- Rainer stellte einen Missbilligungsantrag gegen Michael, Peter und den Bezirksvorstand (siehe Anlage 1)
- Susanne und Sebastian zogen ihren Antrag zurück (Anlage 3)
- Sebastian beantragte Änderungen am Antrag Michael/Peter (siehe Anlage 2, kursiver Text)

Abstimmungen

- Susanne verließ ca. 20 Uhr aus zeitlichen Gründen die Versammlung und nahm an den Abstimmungen nicht teil
- Antrag Michael/Peter mit den Änderungsforderungen von Sebastian und ohne Betrachtung des Begründungstextes einstimmig angenommen (9|0|0)
- Missbilligungsantrag von Rainer bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen (6|1|2)

zu TOP 2

- Der TOP wurde aus Zeitgründen auf die nächste Versammlung vertagt.

zu TOP 3

- Die nächste BG-Versammlung findet am 20.11. am selben Ort statt

F.D.R.: Peter Hammels

Anlage 1

Missbilligungsantrag

Die Bezirksgruppe der WASG-Lichtenberg&Hohenschönhausen spricht den beiden Verordneten der Bezirksversammlung und dem Bezirksvorstand eine Missbilligung aus.

1. Es gab einen Meinungsfindungsprozess der Bezirksgruppe zur Wahl der Bürgermeisterin und dem ausgehandelten Absichtserklärung für gemeinsame politische Initiativen der L.PDS und der WASG in der Bezirksverordnetenversammlung, den beide BVV-Mitglieder mit ihrer persönlichen Entscheidung ignoriert haben.
2. Aus der Sicht der Bezirksgruppe hätte der Bezirksvorstand eine Notversammlung einberufen müssen, als von den BVV-Verordneten signalisiert wurde, dass sie keinen Kandidaten/in für das Bürgermeisteramt wählen werden, damit der bestehende Dissens im direkten Gespräch und einer Abstimmung hätte entschieden werden können.
3. Aus der Sicht der Bezirksgruppe wäre das notwendig gewesen, weil diese einmalige Wahl der Bürgermeisterin langfristige Folgen für die regierende Zählgemeinschaft und politische Spielräume der WASG hatte. Die ausgehandelten Projektabsichten wären eine konkrete Umsetzung von zentralen Forderungen und politischen Ansätzen der WASG gewesen und hätten Interessen von erwerbslosen Bürger/innen im Bezirk gestärkt.

Die Bezirksgruppe fordert die BVV-Verordneten und den Bezirksvorstand auf, für die zukünftige Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung ein Bezirksprogramm zu erarbeiten. Die beiden BVV-Verordneten werden aufgefordert die politischen Initiativen der ausgehandelten Absichtserklärung in Form von konkreten Einzelanträgen in die BVV einzubringen.

Anlage 2

- Kursiv in Klammern gesetzter Text ist aufgrund von Änderungsanträgen bzw. Nichtbetrachtung in der beschlossenen Endfassung nicht enthalten -

Antrag zur Bezirksgruppensitzung der WASG Lichtenberg am 6. November 2006

Zusammenarbeit von Bezirks- Verordneten, Vorstand und Gruppe

Antragsteller: Michael N., Peter H.

1.) Bezirksverordnete und Bezirksvorstände haben die Bezirksgruppe rechtzeitig über anstehende Entscheidungen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu informieren. *[Ist ein Bezirksverordneter, die Bezirksgruppe oder ein Mitglied des Vorstandes der Auffassung, dass eine anstehende Entscheidung in der BVV Auswirkungen auf den gesamten Landesverband haben könnte, so soll der Kontakt zum Landesvorstand gesucht werden, dem damit ermöglicht wird, die BG bei der Entscheidungsfindung zu beraten.]* Die BG entscheidet *[letztlich]* autonom.

2.) Bezirksverordnete respektieren Entscheidungen der Bezirksgruppe. Zu wesentlichen Entscheidungen sollen (Sonder-)Sitzungen einberufen werden, die ein abgestimmtes Handeln festlegen können und den Bezirksverordneten den nötigen Rückhalt verschaffen. *[Entscheidungen, die im krassen Widerspruch zum Bezirksprogramm stehen, können den Bezirksverordneten von der Gruppe nicht aufgetragen werden.]* Grundsätzlich haben Bezirksverordnete Anträge der Bezirksgruppe in der BVV zu stellen.

3.) Die Verordneten der WASG in der BVV Lichtenberg werden beauftragt, die wesentlichen Punkte des Vereinbarungsvorschlages mit der Lichtenberger PDS (siehe Anlage, Punkt 4. a) bis f)) in Zusammenarbeit mit der Anti-Hartz-Kampagne zu präzisieren und zusammen mit anderen Bezirksverordneten umzusetzen.

[Begründung:

Hiermit stellen wir obigen Antrag, um das Fundament einer funktionstüchtigen Regelung der Zusammenarbeit zwischen Bezirksgruppe, Bezirksvorstand und Bezirksverordneten der Lichtenberger WASG legen zu können.

Wir alle machen das erste Mal Erfahrungen mit kommunalpolitischen Mandaten – Fehler und Unsicherheiten sind damit programmiert.

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass hier weitere Diskussion nötig und Klärung erwirkt werden muss, dass es insbesondere zur Stärkung des Zusammenhaltes der Gruppe nötig ist, die Grenzen der Befugnisse und Pflichten der Bezirksverordneten gegenüber Vorstand und BG abzustecken. Da hier bislang keine eindeutigen Regeln festgehalten wurden, sind Rücktritte weder für die Bezirksgruppe nützlich, noch für den Einzelnen sinnvoll.

Die Zusammenarbeit zwischen BG und Bezirksverordnete muss intensiviert werden, damit erstens jedes Mitglied der BG die Möglichkeit erhält, an Entscheidungen im Bezirk Lichtenberg mitzuwirken und sich eine fundierte Meinung zu bilden. Eine reine und nicht rückgekoppelte Stellvertreterpolitik lehnen wir vollauf ab.

Zweitens soll damit sichergestellt werden, dass Bezirksverordnete und Vorstand nicht an der Gruppe vorbeihandeln. Vorstände und Verordnete müssen sich der Bezirksgruppe gegenüber verpflichtet fühlen.

Bei wichtigen Entscheidungen von landespolitischer Relevanz ist es sinnvoll, sich vom Landesvorstand beraten zu lassen. Ein weiteres Auseinanderfallen der Berliner WASG kann und soll so verhindert werden.

Die Bezirksverordnete teilen weiter das Programm der WASG-Lichtenberg und sehen die Ziele der Vereinbarung als Verbesserung für Lichtenberger Erwerbslose. Wir erklären uns einverstanden, die einzelnen Punkte des genannten Vereinbarungsvorschlages gewissenhaft zu befördern und umzusetzen]

Anlage 3

Antrag zur Bezirksgruppensitzung der WASG Lichtenberg am 6. November 2006

1. Die Bezirksgruppe spricht den beiden Verordneten Peter Hammels und Michael Niedworok ihr Mißtrauen aus und fordert sie zum Rücktritt auf.
2. Bezirksverordnete haben die Bezirksgruppe rechtzeitig über anstehende Entscheidungen zu informieren.
3. Die Bezirksgruppe fordert, daß die BVV-Vertreter Entscheidungen der Mitgliederversammlung umsetzen. Bei Eilentscheidungen werden alle Mitglieder per mail informiert und eine Sondersitzung der Bezirksgruppe einberufen.
4. Die Verordneten der WASG in der BVV Lichtenberg werden beauftragt, die wesentlichen Punkte der Vereinbarung mit der L.PDS (siehe Anlage, Punkt 4. a) bis f)) in Zusammenarbeit mit der Anti-Hartz-Kampagne zu präzisieren und zusammen mit anderen BVV-Abgeordneten umzusetzen. Wir empfehlen dabei die Zusammenarbeit mit der Fraktion der L.PDS.

Begründung zu den Punkten 1. bis 3.:

Nach dem Konflikt zur Wahl der Bürgermeisterin ist unser Vertrauensverhältnis zu Peter und Michael ziemlich nachhaltig gestört. Immerhin gab es einen Abstimmungsprozeß innerhalb der Bezirksgruppe, der nachträglich von den beiden abqualifiziert wird, weil für sie „das Falsche“ herauskam. Es kann schon sein, daß die Bezirksverordneten einzeln schlauer sind als die Gruppe. Aber politisch kommt es doch auf die ganze Gruppe an. Deshalb ist die fehleranfällige Demokratie einer mehr oder weniger aufgeklärten Diktatur vorzuziehen.

Begründung zu Punkt 4.:

Die Betroffenen brauchen in der Auseinandersetzung mit den Ämtern eine konkrete und faßbare Unterstützung, die unter Nutzung der Möglichkeiten des Bezirksamtes teilweise geleistet werden kann. Damit kann auch der Entsolidarisierung zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten ein Stück weit entgegengewirkt werden.

Nachbemerkung:

Im Gegensatz zu Peter und Michael ist uns nicht egal, wie die Gruppe entscheidet. Wir haben aber nicht vor, uns an Beratungen zur Arbeit beratungsresistenter Verordneter zu beteiligen. Wir wollen auch nicht für Positionen verantwortlich sein, die von zwei Leuten allein bestimmt wurden. Wir werden im Falle einer Ablehnung unseres Antrages unsere Ämter in der und für die Bezirksgruppe niederlegen.

Susanne und Sebastian

**Anlage: (geplante) Vereinbarung
zwischen Linkspartei.PDS Lichtenberg und WASG Lichtenberg zur Wahl der Bürgermeisterin
und zur Zusammenarbeit in
Kommunalpolitischen Fragen in Lichtenberg**

1. Die WASG und die Linkspartei.PDS sichern, dass ihre Vertreter in der BVV Lichtenberg bei den Wahlen zur Bezirksbürgermeisterin für die von der Linkspartei.PDS aufgestellte Kandidatin stimmen.

2. Beide Seiten sind sich einig, dass in Lichtenberg keine weiteren Kitas an freie Träger in Lichtenberg übertragen und die vorhandenen 24 Kitas im Eigenbetrieb erhalten werden.

3. Beide Seiten sind einig, dass weitere Kürzungen im Jugendhilfeeat abgelehnt und zusammen mit dem Forum freier Träger abgewehrt werden sollen.

4. Die Linkspartei.PDS Lichtenberg und die WASG Lichtenberg sehen bei den Leistungen des Jobcenters und den Sozialleistungen des Bezirksamtes nicht in einem so genannten "Leistungsmissbrauch" durch die Betroffenen ein Problem, sondern in der Ausgrenzung von Leistungsempfängern und der daraus folgenden Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen, die vielen Menschen gesetzmäßig zustehen. Deshalb werden sie Zielvereinbarungen, die eine pauschale Reduktion der passiven Leistungen vorsehen, nicht zustimmen. Deshalb werden sich ihre Vertreter in der BVV und die Vertreter der Linkspartei im Bezirksamt gemeinsam dafür einsetzen, dass

a) ein im Internet zugängliches Register von MAE-Maßnahmen im Bezirk eingerichtet wird, in dem Anzahl, Träger sowie die Einsatzgebiete und ausgeübten Tätigkeiten veröffentlicht werden. Die Bezirksbürgermeisterin wird dieses Anliegen für die Tagesordnung der Sitzung der Trägervertretung im November 2006 einbringen.

b) Hausbesuche von Außendienstmitarbeitern des Jobcenters (Prüfdienst) bei ALG-II-Empfängern zuvor schriftlich angekündigt werden.

c) in allen Schreiben des Jobcenters an Leistungsempfänger und Nicht-Leistungsempfänger ausdrücklich auf einzelne Möglichkeiten der unabhängigen Beratung durch Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften und karitative Einrichtungen hingewiesen wird.

d) insbesondere Schreiben des Jobcenters im Zusammenhang mit den Kosten der Unterkunft, Umzugsaufforderungen usw. eine Information der Berliner Mietergemeinschaft beigelegt wird (Format A5).

e) in Zusammenwirken mit der Arbeitsagentur die Möglichkeiten unabhängiger Sozialberatung im Bezirk erweitert werden. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Finanzierung bei freien Trägern durch das Bezirksamt.

f) bei der BVV eine Informations- und Beschwerdestelle für ALG-II-Empfänger eingerichtet wird (Ombudsmann/Ombudsfrau), die in Zusammenarbeit mit dem Eingabenausschuss Anfragen und Hilfeersuchen aufnimmt und klärt. Auch auf diese Stelle soll in den Schreiben des Jobcenters Lichtenberg ausdrücklich hingewiesen werden.

Beide Parteien lehnen das Instrument der Ein-Euro-Jobs als prinzipiell verfehlt ab. Sie streben ihre Ersetzung durch reguläre, d.h. tariflich gebundene und sozialversicherungspflichtige Jobs an, um jede Form des Lohndumping zu verhindern. Sie sind sich einig, dass MAE-Maßnahmen ausschließlich auf freiwilliger Grundlage angetreten werden sollen. Sie werden auch in diesem Punkt die Möglichkeiten des Bezirkes in der Trägervertretung des Jobcenters ausschöpfen.

Berlin,

Für den Bezirksvorstand der
Linkspartei.PDS Lichtenberg

Für den Bezirksvorstand der
WASG Lichtenberg